

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Katharina von Schnurbein

Der tschechische EU-Beitritt:  
Politischer Prozeß wider die  
öffentliche Meinung?

Discussion Paper

C 105  
2002

Katharina von Schnurbein, M.St., MES, geboren 1973. Politikwissenschaftlerin und Slawistin. Studium der Fächer Politikwissenschaft und Slawistik in Prag, Bonn und Oxford. 1997 Master of Slavonic Studies der Universität Oxford, 1999 Master of European Studies am ZEI, Bonn. 2000 Beginn des Promotionsstudiums an der Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder über das Thema des Politischen Diskurses zum EU-Beitritt in Tschechien. 1999-2001 Mitarbeiterin des Vorsitzenden des EU-Ausschusses im Bundestag Dr. Friedbert Pflüger. Anschließend Studienaufenthalt am Institut für Internationale Beziehungen in Prag. Seit Januar 2002 Task Manager Communications Strategie bei der Delegation der EU-Kommission in Prag.

Der vorliegende Beitrag gibt die persönliche Meinung der Autorin wider.

*Katharina von Schnurbein*

## **Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung?**

„Europa dem Bürger nahe bringen“, ist das gegenwärtige Schlagwort in Europa – nicht erst seit dem EU-Gipfel im belgischen Laeken<sup>1</sup> im Dezember 2001, aber seit diesem besonders. Der unter anderem mit diesem Ziel im März 2002 eingesetzte EU-Konvent soll binnen einem Jahr die Lösung für die Annäherung von EU und Bürger präsentieren. Jüngste Umfragen zeigen, dass in den Mitgliedstaaten durchschnittlich weit weniger als die Hälfte aller Bürger der EU vertrauen<sup>2</sup>. In den Kandidatenstaaten sieht die Situation etwas besser aus, dort vertrauen der EU durchschnittlich immerhin 62 Prozent. Tschechien liegt bei diesen Erhebungen jedoch unter dem Kandidatenstaatsdurchschnitt. Nur etwas über die Hälfte der Tschechen, 54 Prozent, setzen ihr Vertrauen in die Europäische Union, beitreten wollen ihr gegenwärtig 46%<sup>3</sup>. Eine Entfremdung der Politik vom Bürger hat sich in der Geschichte wiederholt als unklug erwiesen. Man denke an die Wirtschaftskrisen, die sich von Südamerika über Russland nach Asien bewegten und nun wieder in Südamerika angekommen sind oder erfreuliche Ereignisse wie die Samtene Revolution 1989, die unter anderem dem Mut und der Initiative unterdrückter Bürger zu verdanken ist. Auch wenn die Situation in Europa weder dem einen noch dem anderen Extrem nahe kommt, ist es an der Zeit, Europa (wieder) bürgernäher zu gestalten. Während den Bürgern der Mitgliedstaaten die *EU-Politik* vermittelt werden muss, geht es in den Kandidatenstaaten um die Vermittlung der Für und

<sup>1</sup> Schlussfolgerung des Vorsitzes, Europäischer Rat (Laeken), 14. und 15. Dezember 2002, insbesondere Annex 1 Zur Zukunft der Europäischen Union.

<sup>2</sup> Eurobarometer März 2002, im Durchschnitt vertrauen 41% EU-Bürger der EU.

<sup>3</sup> Eurobarometer März 2002.

Wider eines *EU-Beitritts*. Während allerdings in den Mitgliedstaaten nie bindend beurteilt werden wird, ob die „Nahebringung“ erfolgreich war, wird in vielen Kandidatenländern, so auch Tschechien, mit aller Wahrscheinlichkeit in der zweiten Jahreshälfte 2003 in einem Referendum die Unterstützung für die EU und die Beitrittswilligkeit der Bürger auf den Prüfstand gestellt.

Auf dem Papier haben sich alle im tschechischen Parlament vertretenen Parteien inzwischen dazu durchgerungen, den EU-Beitritt zu unterstützen. Die Regierung hat im Jahre 1999 eine Kommunikationsstrategie auf den Weg gebracht, die die Bevölkerung über den EU-Beitritt informieren soll. Die Abteilung für Kommunikationsstrategie befindet sich allerdings nicht im Regierungsamt des Premierministers, sondern in der Europaabteilung des Außenministeriums. Dies ist der strukturelle Ausdruck dafür, dass die Aufklärung über den EU-Beitritt in Tschechien von gewählten Politikern nicht als Priorität betrachtet wird oder gar zur Chefsache gemacht wurde. Dennoch beschäftigt sich in allen Ministerien inzwischen mindestens ein Beamter mit der Vermittlung EU-relevanter Informationen nach außen. Im Rahmen der Kommunikationsstrategie wurde ein kostenloses EU-Infotelefon eingerichtet. Ein Netz von EU-Informationszentren, „EU-Ecken“ in Bibliotheken, EU-„Häusern“ in Kreisstädten überspannt das Land. Die Delegation der EU-Kommission in Prag hat es sich seit 1999 ebenfalls zum Ziel gesetzt, über den nahen EU-Beitritt zu informieren. Neben diesen offiziellen Stellen gibt es zahlreiche Nichtregierungsorganisation und zivilgesellschaftliche Einrichtung, die Informationen zum EU-Beitritt liefern. Publikationen zur Europäischen Union überschwemmen den Markt. In allen gesellschaftlichen Sektoren, ob Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, wissenschaftlichen Einrichtungen, Frauenverbänden oder ökologischen Organisationen gibt es Abteilungen, die über die Implikationen des EU-Beitritts informieren. Und die meisten Informationsquellen unterhalten zusätzlich Internetsites, mit Verweisen auf relevante Stellen in Brüssel, Strassburg und Luxemburg. Wer Information sucht, findet sie.

Und dennoch fühlen sich weit über die Hälfte aller Tschechen unzureichend über den Prozess zum EU-Beitritt informiert. Nur drei Prozent gaben

bei einer Umfrage im September 2001 an, sich auf jeden Fall ausreichend informiert zu fühlen<sup>4</sup>.

Wie kommt es zu diesem Gefühl von Mangel an Informationen bei gleichzeitigem Informationsüberfluss? Im folgenden sollen anhand von sechs Punkten mögliche Erklärungen dargelegt werden. Zum ersten ist zu beobachten, dass das Informationsangebot nicht der Informationsnachfrage entspricht. Zweitens muss die mediale Berichterstattung zum EU-Beitrittsprozess kritisch hinterfragt werden. Des weiteren scheint sich die politische Elite und insbesondere die gewählten Volksvertreter der Verantwortung, die Beitrittspolitik zu vermitteln, zu entziehen. Dies ist bedingt durch den vierten Punkt, ein Legitimationsdefizit, das durch die besondere Konstellation der Übernahme des *acquis communautaire* und den damit verbundenen eingeschränkten Verhandlungsspielraum entstanden ist. Der fünfte Punkt widmet sich den post-kommunistischen innenpolitischen Rahmenbedingungen und der Personifizierung in der tschechischen Politik. Zuletzt wird die Bedeutung der wiederentbrannten Diskussion um die Dekrete des Präsidenten Edvard Beneš für die öffentliche Wahrnehmung des EU-Beitritts untersucht.

Es werden also, erstens, nichtgestellte Fragen beantwortet und gestellte Fragen bleiben unbeantwortet. Die meisten der EU-relevanten Informationsstellen waren bisher darauf ausgerichtet, vorwiegend über den Aufbau und die Aufgaben der Europäischen Institutionen aufzuklären, EU-Policies zu vermitteln oder auf die Notwendigkeit der Umsetzung des *acquis communautaire* hinzuweisen. Dies sind wichtige Informationen, die weitergegeben werden müssen, allerdings interessieren sie nur diejenigen, die von sich aus danach fragen. Das gilt auch für Informationen über die Beantragung von Fördergeldern der EU, die Vorbereitung von Studienaufenthalten oder die Einsicht in EU-Dokumente. Umfragen haben ergeben, dass das *gros* der Bürger auch nicht an dem Verlauf der Verhandlungen und an der

<sup>4</sup> Auf die Frage „Finden Sie, dass sie über den Beitrittsprozess ausreichend informiert sind?“ antworteten 3% auf jeden Fall, 26% eher schon, 38% eher nicht, 23% auf keinen Fall. Von den verbleibenden 10% ohne Antwort, gaben 50% an, sich für den EU-Beitritt überhaupt nicht zu interessieren. Umfrage des Centruns für Meinungsumfragen (CVVM), November 2001 („Die Bürger und Informationen über die Europäische Union“).

Anzahl abgeschlossener Kapitel interessiert ist.<sup>5</sup> Die Fragen der großen Mehrheit der Bevölkerung lauten: Wie viel werden meine Brötchen kosten? Werden die Preise steigen? Wird meine Rente sinken? Wird meine Firma konkurrenzfähig sein? Hinzukommen Fragen wie: Werden wir Mitglieder zweiter Klasse sein? Wird unser Land von Deutschen aufgekauft werden? Verliert Tschechien seine Souveränität? Gestern Moskau, morgen Brüssel?

Während Fragen nach dem Souveränitätsverlust oder der Qualität der Mitgliedschaft einfacher zu beantworten sind, müssen Antworten auf Fragen nach dem Preis-, Renten- oder Lohnniveau, der Konkurrenzfähigkeit oder der generellen wirtschaftlichen Entwicklung meist im Nebel bleiben. Dies liegt zum einen daran, dass die Regelungsinstrumente teilweise in der Kompetenz der zukünftigen Beitrittsländer bleiben, zum anderen daran, dass die Veränderungen von Faktoren abhängen, die heute noch nicht abzuschätzen sind. Ein Beispiel für letzteres sind die zahlreichen Studien, die sowohl in den Kandidatenländern als auch in den Mitgliedsländern zur möglichen Migration von Arbeitnehmern angefertigt wurden. Während die einen nach dem Beitritt mit einer Flut von Arbeitnehmern aus Tschechien und Polen in Richtung Deutschland und Österreich rechnen, kommen andere zu dem Ergebnis, dass die Sesshaftigkeit der Bevölkerung der Kandidatenländer stärker wirkt, als die Anziehungskraft der möglichen höheren Verdienstmöglichkeiten und eine signifikante Arbeitsmigration somit ausbleibt.

Auch der Vergleich mit früheren Erweiterungswellen der Europäischen Union hinkt oft, da damals die EU eine andere war, die Anzahl der Beitrittsländer geringer und vor allem, die Voraussetzungen in den Kandidatenstaaten andere waren. Dennoch sind Vergleiche für die tschechische Bevölkerung interessant. Es wird gefragt, wie etwa Irland von der EU profitieren konnte und welche gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden mussten, um die Möglichkeiten in der EU – insbesondere die Finanzmittel – erfolgreich einzusetzen. Interessant erscheint den tschechischen Bürgern

<sup>5</sup> Bei einer Umfrage von CVVM im November 2001 interessierten 47,8% der Befragten hauptsächlich ihre persönliche Entwicklung, weitere 12,8% führten die Wirtschaft an, 8,3% die Finanzierung des Beitritts, 7,5% gaben an, sich für alles zu interessieren und 3% für nichts. 7,5% gaben keine Antwort, die restlichen 13,1% gaben andere Antworten (Beitrittsdatum, Quoten in der Landwirtschaft ect.).

auch, wie die Niederlande als ein kleiner Nachbar Deutschlands nicht nur historische Belastungen überkommen und seine Identität bewahren konnten, sondern sich auch, dank der Gleichstellung im Rat, als vollwertiges Mitglied neben Deutschland zu behaupten lernte.

Eine zweite mögliche Erklärung für das dominante Gefühl der Uninformiertheit der tschechischen Bürger ist die Medienberichterstattung. Medien, insbesondere die Massenmedien, sind die wichtigsten und effektivsten Informationsträger im politischen Diskurs. Oft wird von tschechischen politischen Eliten beklagt, dass die Medien zu wenig und zu schlecht über „die EU“ berichten. Es ist richtig, dass die Diskussion in den Medien bis 1999 mager war. Und wenn es sie gab, entwickelte sie sich meist im Rahmen der verschiedenen „Zollkriege“, die die Tschechen in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre mit der EU führten. Diese Information stellten die EU in äußerst negatives Licht. Getopt wurde die Debatte von neo-liberalen Erklärungen des damaligen Ministerpräsidenten Václav Klaus, der den Tschechen vorgaukelte, dass es möglich sei, nur dem Wirtschaftsraum der EU beizutreten und auf die politische Integration zu verzichten. Er betonte, dass dies im Falle Tschechiens so geschehen würde<sup>6</sup>.

Mit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Jahre 1999 hat sich die Berichterstattung sowohl qualitativ als auch quantitativ erhöht. Die Journalisten haben Erfahrung gesammelt und immer mehr Medien gönnen sich den „Luxus“ eines eigenen Korrespondenten in Brüssel – wobei die Anzahl der inzwischen sechs in Brüssel akkreditierten tschechischen Journalisten<sup>7</sup> im Vergleich zu den ungarischen oder sogar estnischen beispielsweise nur ein Bruchteil beträgt.

Die Berichterstattung aus Brüssel, so notwendig sie ist, bezieht sich jedoch wieder hauptsächlich auf Fragen des Verhandlungsprozesses, also die Höhe möglicher Übergangfristen, die Blockaden einzelner Länder in bestimmten Kapitel oder die Forderungen der tschechischen Delegation. Wie oben dargestellt, betreffen die Fragen der Bürger allerdings vor allem die Verände-

<sup>6</sup> Václav Klaus, Die Tschechische Republik und die Integration Europas, in: Europäische Rundschau 3/94, S.4.

<sup>7</sup> Drei Tageszeitungen, das öffentlich-rechtliche Fernsehen CT und zwei Vertreter für die Nachrichtenagentur ctk.

rungen in ihren individuellen Lebensumständen. Erst wenn diese sozialen Fragen beantwortet werden, wird sich der Bürger informiert fühlen. Dieser Tatsache wird seit 2001 von wichtigen Medien zunehmend Rechnung getragen.

Der private Fernsehsender NOVA wird gemeinhin als euroskeptisch bezeichnet. Diese Einstellung ist sicherlich nicht völlig von der Hand zu weisen, da der Besitzer des Senders als ODS-nah<sup>8</sup> gilt und sich seit Jahren gegen die EU-Quoten hinsichtlich europäischer Filme wehrt, da sein Sender bisher überwiegend amerikanische Soaps und Actionfilme zeigt. Einschaltquoten entscheiden darüber, was in dem kommerziellen Sender über die Bildschirme flimmert. Und dank dieser Voraussetzung zeigt sich zunehmend, dass Informationen, die das Individuum betreffen, entsprechend der oben erwähnten Fragen, von NOVA aufgegriffen werden, selbst wenn sie pro-EU sind. Ein Beispiel soll diese Beobachtung verdeutlichen: NOVA berichtete im März 2002 in den Sieben-Uhr-Nachrichten, dass die EU die Größe von Bienenhäuschen regulieren werde und filmte eine Sitzung aufgebrauchter Imker, die sich die Investitionen nicht würden leisten können. Die tschechische Presseagentur nahm die Information daraufhin in den Ticker auf und schnell gab es auch Radiobeiträge zum Thema. Da sich für die Größe von Bienenhäuschen jedoch keine rechtliche Grundlage in der EU-Legislatur findet, dementierten sowohl das tschechische Landwirtschaftsministerium als auch die Delegation der EU-Kommission die Berichte. NOVA sendete daraufhin eine Richtigstellung, in der zwar nicht die schlechte Recherchearbeit des Senders zugegeben, sondern die Naivität der Imker hervorgehoben wurde, die Berichterstattung besaß jedoch durchweg pro-europäischen Charakter und rückte die EU in ein positives Licht.

Diese kleine Anekdote beweist keine grundsätzliche Änderung in der Berichterstattung der Medien – weg von trockenen Verhandlungsergebnissen hin zu den Auswirkungen des EU-Beitritts auf den Einzelnen, aber die Entwicklung einer zusätzlichen Form der Informationsübermittlung ist plausibel.

<sup>8</sup> Die ODS (Demokratische Bürgerpartei) ist die Partei des früheren Premierministers Václav Klaus, der sich selbst als Eurorealist bezeichnet, sich jedoch wiederholt kritisch zu EU-Fragen geäußert hat und den hohen Integrationsgrad der EU kritisiert.



Eine faktenbasierte Berichterstattung ist um so wichtiger als das Fernsehen nicht nur das meistbenutzte Medium ist, sondern auch dasjenige, in das die Bürger durchschnittlich das größte Vertrauen setzen. Dies gilt für die Kandidatenstaaten, wie für die Mitgliedstaaten und auch für Tschechien, wo die Mediengläubigkeit insgesamt sehr hoch ist. Sie liegt weit über dem Kandidatenländerdurchschnitt und noch weiter über dem EU-Durchschnitt. Ungefähr drei Viertel der befragten Tschechen schenken dem Fernsehen und dem Radio am meisten Glauben. In Mitglieds- sowie Kandidatenländern ist die Pressegläubigkeit im Vergleich zu Fernsehen und Radio am niedrigsten. Mit 61% ist sie in Tschechien jedoch vergleichsweise hoch, da sowohl der EU-Durchschnitt als auch der Kandidatenländerdurchschnitt unter 50% liegt<sup>9</sup>. In Tschechien nehmen die Medien in der Wahrnehmung der Informationsvermittlung zum EU-Beitritt den ersten Platz ein, d. h. neun von zehn Tschechen sind der Auffassung, dass zuallererst die Medien die Pflicht haben, die Bürger mit dem EU-Beitritt vertraut zu machen. Erst danach folgen Regierungsvertreter, wissenschaftliche Institute, Abgeordnete und Senatoren, Parteien und zuletzt der Präsident<sup>10</sup>.

In den tschechischen Medien finden sich immer noch mehr negative als positive Berichte und Kommentare zur EU. Diese Tatsache wird – abgesehen von der Regel „bad news is good news“ – bedingt durch Spezifika des Parteienspektrums. Die Art der EU-Informationen in den Massenmedien spiegelt die innenpolitische Positionierung einzelner Parteien, ihre Pressestrategie und ihre Haltung zur EU wider und schafft auf diese Weise ein Gesamtbild. Dies ist der dritte Grund für das Gefühl der Uninformiertheit der Bevölkerung. Die Medien scheinen auch deshalb von negativen Nachrichten zur EU dominiert zu sein, weil die euroskeptische ODS<sup>11</sup> die professionellste Pressearbeit leistet und sich deshalb leicht Gehör verschaffen kann. Der Parteivorsitzende Václav Klaus hat als einer der wenigen tschechischen Realpolitiker ein ausgeprägtes europapolitisches Profil, auch wenn dieses Profil nicht einer gewissen Schizophrenie entbehrt: Während er mit Worten gegen die EU wettet, handelte er in den entscheidenden Au-

<sup>9</sup> EU-Durchschnitt 45%, Kandidaten 42%, Eurobarometer März 2002.

<sup>10</sup> CVVM November 2001: Die Bürger und Informationen über die Europäische Union.

<sup>11</sup> Občanská demokratická strana [Demokratische Bürgerpartei].

genblicken doch im Sinne einer EU-Annäherung. Trotz aller Euroskepsis war er es, der im Januar 1996 das Beitritts-gesuch für die Tschechische Republik in Brüssel einreichte. Und ihre Wahlkampf-kampagne 2002 eröffnete die ODS mit dem Slogan „Die ODS wählt Europa, wen wählen Sie?“. Dass unterhalb des Slogans die alten Argumente von der Wahrung des Nationalstaates und Souveränitätserhalt standen<sup>12</sup>, war zweitrangig und verdeutlichte nur den Zwiespalt der Partei. Allerdings war damit sowohl der Mitte-Rechts-Parteienkoalition<sup>13</sup> aus US-DEU<sup>14</sup> und KDU-ČSL<sup>15</sup> als auch den Sozialdemokraten der Wind aus den Segeln genommen, für die eine klare Aussage zum EU-Beitritt eines der stärksten Argumente im Wahlkampf hatte werden sollte. Den pro-europäischen Parteien blieb nämlich nichts anderes, als zu sagen: „Wir auch.“ Und das ist eine magere Wahlaussage.

In ihrer Haltung zur EU sind die Kommunisten<sup>16</sup> ähnlich kritisch wie die ODS, wenn auch die Ursache eine andere ist. Ihre Argumentation ist allerdings nicht minder widersprüchlich. Die selbsterklärte neo-liberale ODS lehnt das „Sozialprojekt Europa“ ab und fordert eine komplette Liberalisierung des Marktes. Die Kommunisten bleiben Russland zugewandt und eurokritisch (wohl aus falschverstandener Tradition, denn Russland strebt heute Marktwirtschaft und Demokratie an und nähert sich sogar Amerika immer mehr an. Beides steht klar im Gegensatz zur kommunistischen Ideologie). Die Kommunisten fordern innenpolitisch die Herstellung eines umfassenden Sozialsystems, obwohl doch offensichtlich ist, dass das soziale Netz in der EU wesentlich enger geknüpft ist, als es die Tschechische

<sup>12</sup> [www.ods.cz](http://www.ods.cz), April 2002.

<sup>13</sup> In der Wahlperiode 1998-2002 bildete sich als Reaktion auf das sogenannte Oppositionsabkommen zwischen der Minderheitenregierung der Sozialdemokraten und der größten Oppositionspartei ODS, die Viererkoalition (4K), bestehend aus vier kleinen Mitte-Rechts-Parteien. Im Februar 2002 zerfiel die 4K. Weil sich US und DEU schon vorher zusammen geschlossen hatten, entstand eine „Koalition“ aus US-DEU und KDU-ČSL. Die Bürgerallianz (ODA) wurde selbstständig.

<sup>14</sup> Unie svobody-Demokratická unie [Freiheitsunion-Demokratische Union]. Die US entstand aus der ODS nach dem Rücktritt von Václav Klaus im Dezember 1997.

<sup>15</sup> Křestanská demokratická unie-Československá strana lidová [Christlich-demokratische Union-Tschechoslowakische Volkspartei]. Die Christdemokraten verkörpert die Kontinuität der demokratischen Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit.

<sup>16</sup> KSČM, Komunistická strana Čechy a Moravy, [Kommunistische Partei Böhmen und Mährens]. Im Gegensatz zu kommunistischen Ländern in anderen Mittel- und Osteuropäischen Ländern hat sich die Kommunistische Partei in Tschechien nach 1989 nicht reformiert. Die Reformkräfte wurden 1968 ausgeschlossen, es entwickelte sich eine monolithische stalinistische Partei, die sich bis zur Sanften Revolution kaum weiterentwickelte. Für eine Reform waren in der Partei 1989 deshalb weder die geeigneten Personen, noch hätte der plötzliche Sinneswandel dem Bürger glaubwürdig vermittelt werden können.

Republik in den nächsten Jahren aus eigener Kraft je schaffen könnte. Hinsichtlich des EU-Beitritts machen die Kommunisten keine klare Wahlausage, sondern erheben den Anspruch, ihre Wähler „objektiv“ zu informieren und ihnen somit die Möglichkeit zu einer freien Entscheidung zu geben. Tatsächlich offenbart diese Haltung den Spagat zwischen den EU-Gegnern in der Partei und denen, für die die Vorteile des Beitritts doch zu überwiegen scheinen oder die sich in der Zukunft zumindest nicht dem Vorwurf eines „historischen Fehlers“ ausgesetzt sehen möchten.

Die Mitte-Rechts-Koalition aus einer Splitterpartei der ODS, der US-DEU, und den Christdemokraten (KDU-ČSL) erwies sich in der Informationsvermittlung zur EU als besonders schwach, obwohl ihre Mitglieder am „europositivsten“ sind. Ihre Kampagne „1000 Tage für Europa“ im Jahre 2001 blieb ohne Folgen. Auch hat die Partei keinen profilierten Europapolitiker, der Václav Klaus *Paroli* bieten könnte. Statt einer klaren Aussage zum EU-Beitritt hat sich die Partei 2002 ausschließlich innenpolitische Forderungen auf ihre Wahlkampffahnen geschrieben, wie die Direktwahl des Präsidenten und sozialpolitische Ansprüche wie die Anhebung des Kindergeldes. Die Koalition versuchte diejenigen Wähler zu erreichen, denen die Wirtschaftsregulierung der Sozialdemokraten genauso widerstrebt wie die „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ und der „Euro-Realismus“ der ODS. Querelen innerhalb der Koalition und personelle Streitigkeiten im Vorfeld des Wahlkampfauftakts haben das Profil der Partei jedoch erheblich verwässert.

Die sozialdemokratische Regierung hat während ihrer vierjährigen Regierungszeit (nach anfänglichen Schwierigkeiten aufgrund des sogenannten Oppositionsabkommens mit der ODS) eine integrationsfreundliche Politik betrieben und große Fortschritte in der Annäherung Tschechiens an die EU erzielt, was aus den Fortschrittsberichten der EU-Kommission von 2000 und 2001 ersichtlich ist. Dennoch hat die ČSSD<sup>17</sup> weder die mediale Professionalität noch die personelle Besetzung um diese Erfolge zu vermitteln. Auch ihr fehlt der profilierte Europapolitiker. Die Vermittlung von Verhandlungserfolgen oder –misserfolgen wurde, nach der Entlassung des

<sup>17</sup> Česká strana socialně demokratická [Tschechische Sozialdemokratische Partei]. Die Sozialdemokraten knüpfen wie die Christdemokraten an die 1. Republik an.

Quasi-Europaministers Egon Lanskýs im November 1999, dem Verhandlungsführer mit der EU, Pavel Telička, überlassen (auch wenn Lanskýs Kompetenzen *formal* auf Außenminister Jan Kavan übertragen wurden). Obwohl Beamter, hat Telička im Laufe der sozialdemokratischen Regierungszeit politische Funktionen übernommen. Inzwischen ist er nicht nur Verhandlungsführer, sondern auch stellvertretender Außenminister und Leiter des Regierungsausschusses für Europäische Integration. In den anderen mitteleuropäischen Kandidatenländern werden diese drei Posten von drei „realexistierenden“ Personen besetzt. Indem Telička als Beamter politische Funktionen übernahm, wurden die Beitrittsverhandlungen zu einer Sache des Außenministeriums, für die keiner der Volksvertreter politische Verantwortung übernehmen wollte.

Der vierte Grund für das Gefühl der Uninformiertheit in der tschechischen Öffentlichkeit ist deshalb das Legitimationsdefizit, das aus der fehlenden Verantwortung entsteht. Denn alle kommunikationsstrategischen Bemühungen von den entsprechenden Abteilungen der Institutionen, sei es dem Außenministerium, der Delegation der Europäischen Kommission oder einzelner NGOs haben eine verschwindend geringe Wirkung gegenüber fundierten Aussagen einzelner Politiker. Fehlen diese Aussagen aufgrund innerparteilicher oder innenpolitischer Umstände, fehlt das wichtigste Bindeglied in der Vermittlung des Integrationsprozess an den Bürger. Die EU ist in den Kandidatenstaaten als politischer Akteur nicht legitimiert. Die Übernahme des *acquis communautaire* wurde mit dem Beitritts gesuch zwar formal anerkannt, dennoch sind dem Bürger die ihn direkt oder indirekt betreffenden Einzelheiten nicht notwendigerweise einleuchtend. Die Verhandlungsergebnisse erscheinen oktroyiert und unzusammenhängend. Es entsteht ein Gefühl der Ohnmacht.

Der gewählte Politiker schafft die Basis für politisches Handeln. Durch politische Aussagen und Erklärungen ist er der Einzige im politischen System, der das Legitimationsdefizit ausfüllen könnte. Diese Art von politischem Verantwortungsbewusstsein ist in den vergangenen zwölf Jahren in Tschechien nicht entstanden. Es fehlte die Vermittlung des Gedankens, dass der Integrationsprozess lediglich die Ergänzung und Fortsetzung eines ohnehin notwendigen Transformationsprozesses ist. Die meisten der insti-

tionellen, wirtschaftlichen und politischen Reformen hätte die Tschechische Republik früher oder später durchführen müssen. Die Angleichung an den *acquis communautaire* bot lediglich den Rahmen, der eine Beschleunigung der Umstrukturierungen bewirkte. Diese Aussage ist jedoch – auch mit Blick auf die Parlamentswahlen im Juni 2002 in Tschechien – unpopulär und wird deshalb nicht gemacht. Man kann allerdings auch nicht behaupten, dass sich die Kandidatenstaaten ein edleres Verhalten hätten abgucken können, denn in den Mitgliedstaaten besteht eine ähnliche Tendenz, des Fingerzeigens auf „Brüssel“.

Hinzu kommt, dass Aussagen, die europapolitische Notwendigkeiten erklären, den gewählten Politikern eine gehörige Portion politischen Willens abverlangten, denn der eingeschränkte Verhandlungsspielraum bei der Übernahme des *acquis* gibt auch den Politikern das Gefühl der Machtlosigkeit. Der Integrationsprozess scheint spätestens seit dem Jahre 2000 zum Selbstläufer geworden zu sein, in dem das Zugeständnis einer längeren oder kürzeren Übergangsfrist – je nach Interesse – das höchste der Verhandlungsgefühle sein konnten.

Wenn jedoch bei den Volksvertretern aus den genannten Gründen nur eine geringe Identifikation mit dem Integrationsprozess stattfindet, so entbindet sie dies dennoch nicht von der Pflicht, die Wähler über die Auswirkungen des EU-Beitritts aufzuklären. Dieser Pflicht kommen die Politiker nicht nach, weil sie über die Folgen des Beitritts selbst wenig informiert sind.

Eine überbetonte Innenschau scheint ein Charakteristikum von Transformationsländern zu sein. Da die Innenschau den Blick auf das „große Ganze“ versperrt, ist dies ein fünfter Grund für das Gefühl des Informationsmangels in der breiten Bevölkerung. In Tschechien gibt es dabei zwei Ebenen: die politische Ebene des Tagesgeschehens, des Parteiengerangels oder auch der innenpolitischen Affären und die historische Ebene, auf der die Tschechen ihre eigene Geschichte aufarbeiten. Die Ebene des politischen Tagesgeschehens ist nur all zu oft gekennzeichnet durch Unsachlichkeit. Die Tageszeitungen sind voll von kleinen Intrigen und *faux-pas* namhafter Politiker anstatt sich mit Sachthemen auseinanderzusetzen. Und auch die Spitzenpolitiker untereinander liefern sich Gefechte, die weit entfernt sind von

Sachpolitik. Ein Beispiel *par excellence* ist das Verhältnis zwischen ODS-Chef Václav Klaus und Präsident Václav Havel. Während sie 1989 gemeinsam im Rahmen des Bürgerforums die Sanfte Revolution voranbrachten, fochten sie in den folgenden 13 Jahren persönliche Differenzen in der Öffentlichkeit aus, die sich insbesondere seit 1995 stetig intensivieren. „Der Präsident in einer scharfen Auseinandersetzung mit dem ODS-Chef Klaus“, lautete beispielsweise die Überschrift in der größten tschechischen Tageszeitung, Mladá fronta Dnes im April 2002. Klaus hatte zuvor in der ehemals kommunistischen Tageszeitung Právo geäußert, dass die erste Dame des Landes, Havels zweite Frau Dagmar, besser ihre Karriere als Schauspielerin fortgesetzt hätte, als sich „aus heiterem Himmel in charitativen Angelegenheiten zu engagieren“. Havel antwortete darauf: „Lassen Sie meine Familie in Ruhe“. <sup>18</sup> Der Dialog endete damit, dass Klaus Präsident Havel als „paranoid“ bezeichnete <sup>19</sup>. Trotz derartiger Lappalien, die öffentlich breitgetreten werden, geht der Trend allerdings in die richtige Richtung und die Quantität der Sachthemendebatten hat zugenommen. Im Jahre 2000 kam es zum Beispiel zu einer Steigerung der EU-Berichterstattung in den Massenmedien von 14% <sup>20</sup>.

Die Personifizierung der Politik ist nicht so sehr eine Folge der Transformationsländer, sondern bedingt durch die Größe des Landes. In einem 10-Millionen-Staat wie der Tschechischen Republik ist die Elite schnell definiert. Bestimmte politische Positionen hängen oft an Einzelnen, verlassen sie die Politik, fehlt mit ihnen „die andere Seite der Medaille“. Wer eine Position einmal besetzt, gibt sie nicht so schnell wieder her, oft auch deshalb, weil der Druck von außen fehlt.

Die heutige politische Elite kam 1989 plötzlich an die Macht. Es fehlte ihr die Erfahrung der Basisarbeit, die zu Teamfähigkeit und zu parteiübergreifenden, pragmatischen Lösungen zwingt. Nur weil diese Erfahrung fehlt, kann sich die Parteispitze einer der beiden größten Parteien des Landes und in allen EU-Kandidatenländern die einzige nach 1989 gegründete Partei

<sup>18</sup> Mladá fronta Dnes, 3. April 2002, S. A2.

<sup>19</sup> Právo, 9. April 2002, S. 2. (Agenturmeldung).

<sup>20</sup> Dies ist das Ergebnis einer Studie des tschechischen Außenministeriums, die 1999/2000 von einem Konsortium der Meinungsforschungsinstitute Sofres Factum und STEM durchgeführt wurde.

den Luxus eines Euro-Skeptizismus, oder euphemistisch Euro-Realismus, leisten. Die ODS-Politiker an der Basis, in den Regional- und Kommunalverwaltungen, erfahren längst die finanziellen Vorzüge der EU-Vorbeitrittsphase, die ihnen ermöglichen unabhängig von der Regierung, Gelder für regionale und lokale Projekte aus EU-Töpfen zu schöpfen. Auf diese Weise sind die meisten ODS Lokalpolitiker von lautstarker EU-Kritik, wie sie Klaus praktiziert, abgekommen.

Jenseits parteipolitischer und medialer Strukturen gibt es noch einen historischen Grund für die EU-Zurückhaltung in der Bevölkerung, dessen Dimension erst im Frühjahr 2002 deutlich wurde. Die Diskussion um die Handhabung der Dekrete, die während des Zweiten Weltkrieges und kurz nach dem Krieg von der Exilregierung des Präsidenten Edvard Beneš verabschiedet wurden. Die Lobby, die die Interessen der heute in Deutschland und Österreich lebenden Sudetendeutschen vertritt, fordert von der Tschechischen Republik, die Dekrete aus der tschechischen Gesetzgebung zu streichen. Die Dekrete bildeten die Grundlage, auf der die große Mehrheit der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet und aufgrund derer ihr die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Während die Forderung der Aufhebung der Dekrete in der Tschechischen Republik als Angriff auf die Bemühungen der Tschechoslowakei gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen und auf die tschechoslowakische Staatlichkeit betrachtet wird, betrachtet die sudetendeutsche Lobby diese Frage als notwendige Folge des Aufarbeitungsprozesses der Vertreibung und ist deshalb bemüht, sie im Beitrittsprozess zum Verhandlungsthema zu machen. Die Lösung der Spannungen über die Dekrete des Präsidenten Edvard Beneš wurde bis 2002 von allen Beteiligten, also Tschechien, Deutschland, Österreich und der Europäischen Union als bilaterale deutsch-tschechische Angelegenheit betrachtet und es bestand kein Junktim hinsichtlich des EU-Beitritts. Die Verknüpfung der sogenannten „Beneš-Dekrete“ mit dem EU-Beitritt durch den österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel als Sprachrohr des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider, den tschechischen Premierminister Milos Zeman und den Chef des Unterhauses, Václav Klaus, sowie die blinde Übernahme der sudetendeutschen Position durch die sozialdemokratisch-grüne deutsche Regierung und den Auswärtigen-

ausschuss des Europäischen Parlaments im Februar 2002 verlieh der Debatte um den EU-Beitritt eine neue Dimension. Obwohl die Europäische Kommission ein Junktim weiterhin ausschloß, wie Erweiterungskommissar Günther Verheugen bei seinem Prag-Besuch im April 2002 wieder betonte, reduzierte sich das Problem in den Köpfen der überwiegenden Mehrheit der Tschechen auf die Wahl: entweder EU-Beitritt oder Aufhebung der (drei bis fünf betroffenen) Dekrete und damit Unsicherheit hinsichtlich der Restitutionsforderungen, die diese Aufhebung scheinbar nach sich ziehen könnte. Mit der Begründung, die nationalen Interessen des tschechischen Staates zu wahren, setzten sich sowohl die Sozialdemokraten als auch die ODS lautstark für den Erhalt der Dekrete ein und projektierten in der Öffentlichkeit dieses Entweder-Oder. Die einzige Partei, die ihrem Programm nach andere Aussagen hätte machen können, war die US-DEU/KDU-ČSL-Koalition. Da ihre Position jedoch unpopulär war und der Partei aufgrund innerparteilicher Querelen ohnehin Wähler abwanderten, schwieg sie lieber. Dies führte dazu, dass selbst Intellektuelle und Teile der politischen Elite, die bis dahin für den EU-Beitritt und vor allem eindeutige Gegner der ODS und von Václav Klaus waren, mit einem mal ihr „Ja“ zum Beitritt in Frage stellten. Sie begründeten ihre Zweifel damit, dass sie keiner Union beitreten wollten, die die individuellen Ansprüche einer Lobbyistengruppe unter den Vorzeichen der Moral übernimmt, ohne den historischen Kontext zu beachten und vor allem die Motive und familiären Hintergründe der einzelnen Lobbyisten mit derselben moralischen Latte zu messen.

Es fehlte die politische Stimme, die erklärte, dass die Sicherheit der Nationalstaaten und insbesondere der kleineren Staaten ein wichtiges Ziel der Europäischen Union ist, dass die Verhinderung einer erneuten Hegemonie Deutschlands in Europa eines der Hauptmotive für die Gründung der Europäischen Gemeinschaften war und es somit in der EU heute undenkbar ist, dass ein Staat die Konstruktion eines anderen Mitgliedstaates in Frage stellt. Es fehlte auch die Stimme, die erklärte, dass ein Resolutionsvorschlag von Teilen des Auswärtigen Ausschusses der Europäischen Parlaments, wie er im März 2002 vorbereitet wurde, nur möglich war, weil die Tschechen eben noch kein Mitspracherecht im Parlament hatten.



Die tschechische Bevölkerung und teilweise auch die politische Elite neigten auch in der Vergangenheit dazu, sachlich von einander unabhängige Themen mit einander zu verknüpfen. Am deutlichsten wurde dies, als unmittelbar nach ihrem NATO-Beitritt<sup>21</sup> im Frühjahr 1999 tschechische Truppen in das Kosovo entsandt wurden. Unter anderem aufgrund slawischer Affinität mit den Serben, war die überwiegende Mehrzahl der Tschechen gegen eine Beteiligung Tschechiens am Kosovokrieg. In den Köpfen der Menschen kam es zu einer Verknüpfung zwischen NATO-Mitgliedschaft und EU-Beitritt und so sank die Unterstützung für den EU-Beitritt im Mai 1999 auf ein historisches Tief von 35 Prozent<sup>22</sup>. Schon damals gab es keine Partei und keinen Politiker, der der breiten Öffentlichkeit die tatsächlichen Zusammenhänge erklärte.

Auf der historischen Ebene gibt es noch einen weiteren Grund für die tschechische Eurozurückhaltung, das sogenannte „München-Trauma“. Die Entscheidung der Alliierten im Jahre 1938, mit dem Münchner Abkommen den tschechoslowakischen Staat an das nationalsozialistische Deutschland auszuliefern, betrachten die Tschechen bis heute als den schwärzesten Augenblick ihrer Geschichte. Der Gedanke daran ist geprägt von dem Gefühl der Ohnmacht und Wehrlosigkeit. Indem Institutionen der Europäischen Union, in denen die Tschechische Republik bis zum Beitritt kein Mitspracherecht hat, versuchen, die sensitive Frage der sogenannten Beneš-Dekrete zu lösen, entsteht das selbe Gefühl von „o nás, bez nás“ – „über uns, ohne uns“. Brüssel reiht sich in der Wahrnehmung der Bevölkerung damit nahtlos in die historischen Erfahrungen von Wien – Berlin – Moskau ein.

Dennoch:

Im Herbst 2002 sollen die Verhandlungen zum EU-Beitritt abgeschlossen sein. Falls die Tschechen bis dahin ein Referendumsgesetz verabschiedet haben werden, wird der parapte Vertrag im Herbst 2003 der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt. Dass eine Zustimmung zu EU-Verträgen keine

<sup>21</sup> Im Unterschied zu Ungarn hielt Tschechien 1998 kein Referendum zum NATO-Beitritt ab. Zur Zeit des Beitritts unterstützten nach Umfragen von Sofres Factum vom Februar 1999 nicht einmal die Hälfte (46%) aller befragten Tschechen den NATO-Beitritt.

<sup>22</sup> Umfrage des Instituts für öffentliche Meinung, IVVM, Mai 1999.

Selbstverständlichkeit ist, wurde sowohl 1995 am Beispiel Norwegens als auch im Herbst 2001 in Irland deutlich. Es lässt sich abschließend sagen, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für die Tschechische Republik, trotz vieler Unsicherheiten und unabsehbarer Folgen des Beitritts, langfristig die einzig sinnvolle politische und wirtschaftliche Perspektive ist und zusätzlich, gemäß den Programmen der im Parlament vertretenen politischen Parteien, im nationalen Interesse Tschechiens liegt. In den kommenden zwei Jahren wird es die Aufgabe der politischen Kräfte im Lande sein, den Worten Taten folgen zu lassen und der Öffentlichkeit den Beitrittsprozess nahe zubringen. Diese Bemühungen müssen mit konkreten Informationen der verschiedenen Informationsquellen des Staates und der EU unterstützt werden. Dies bedeutet jedoch nicht Propaganda oder Schönfärberei zu betreiben, denn nur eine offene Debatte, die im Vorfeld auch die möglichen negativen Implikationen hervorhebt, kann einem Absinken der Unterstützung für die EU in der Öffentlichkeit *nach* dem Beitritt vorbeugen.

**ZEI DISCUSSION PAPER:** Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)  
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy  
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux  
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi  
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes  
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek  
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson  
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton  
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.  
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis  
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic  
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth  
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy  
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler  
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger  
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava  
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls  
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen  
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan  
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich  
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas  
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen  
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt  
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco  
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór  
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor  
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov  
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus  
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers  
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin  
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus  
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania  
in the 21<sup>st</sup> Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson  
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala  
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw  
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des  
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze  
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen  
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger  
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles  
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek  
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko  
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan  
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt  
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green  
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der  
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak  
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of  
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble  
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal  
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek  
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides  
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement  
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp  
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem  
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys  
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski  
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt  
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt  
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl  
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)  
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann  
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková  
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)  
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader  
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt  
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez  
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard  
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan  
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze  
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow  
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos  
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven  
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala  
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel  
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)  
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter  
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa  
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)  
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya  
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel  
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson  
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth  
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers  
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov  
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler  
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev  
Southeastern Europe at the beginning of the 21<sup>st</sup> century
- C 83 (2001) Lothar Rühl  
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding  
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt  
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski  
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)  
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm  
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg  
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)  
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar  
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler  
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels  
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth  
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ  
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf  
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.  
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel  
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga  
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial  
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opoln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)  
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos  
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl  
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt  
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein  
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison  
Europe and 11 September
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.  
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

*ZEI – DISCUSSION PAPERS* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

*ZEI – DISCUSSION PAPERS* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.

---

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-05-8

---



**Zentrum für Europäische Integrationsforschung**

**Center for European Integration Studies**

**Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn**

Walter-Flex-Straße 3  
D-53113 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-73-1880  
Fax: +49-228-73-1788  
<http://www.zei.de>